Die Linke
Fraktion in der
Marburger Stadtver-
ordnetenversammlung

Elisabethstr. 9
35037 Marburg
Tel. 06421-163873
info@die-linke-marburg.de
www.die-linke-marburg.de

Bericht aus der Marburger Stadtverordnetenversammlung vom 13.9.2024

Wichtige Debatten hatte es bereits im Vorfeld der StVV gegeben, die auf der Sitzung selbst nicht mehr stark zum Tragen kamen. Zum einen waren zwei Anträge der Fraktion Die Linke von der Stadtverordnetenvorsteherin nicht zugelassen worden. Begründung: Die StVV habe nicht die Kompetenz, sich mit diesen Themen zu befassen. In einem regulär eingereichten Antrag ging es um die Sparbeschlüsse der hessischen Landesregierung, die auch die Marburger Philipps-Universität treffen und Auswirkungen auf die gesamte Stadt haben. In einem weiteren Antrag ging es um die Stationierung weitreichender Raketensysteme und die möglichen Folgen für die Bevölkerung. In beiden Anträgen sollte die StVV von ihrem Recht und ihrem Auftrag Gebrauch machen, Stellung zu beziehen, die Marburger Position zu verdeutlichen und mögliche Handlungsschritte des Magistrats aufzuzeigen. Der Ältestenrat der StVV konnte bisher keine Einigung erzielen. Die Anträge erschienen nicht auf der Tagesordnung (TO) der September-Sitzung. Die Linke wird auf keinen Fall eine solche Beschneidung der parlamentarischen Meinungs- und Aktionsmöglichkeiten hinnehmen. Das gern angeführte Argument, die parlamentarischen Sitzungen dauerten zu lange, zog diesmal gar nicht, denn es waren nur drei Aussprachen vorgesehen. Entsprechend früh kamen die Stadtverordneten in den Feierabend.

Die Dinglichkeitsanträge

Am Sitzungsanfang wurde über Dringlichkeitsanträge beraten. Sie kommen nur auf die TO wenn 40 der 59 Stadtverordneten nach jeweils fünf Minuten Begründung und Gegenrede dafür stimmen, dass die Dringlichkeit des Themas gegeben ist. Falls nicht geht der Antrag – in der Regel – in das übliche Antragsverfahren.

CDU und Marburger Linke & Piraten (MLP) hatten jeweils einen Dringlichkeitsantrag zur Unterbringung von Geflüchteten in Marburg – öffentlich im Vorfeld besonders in Moischt umstritten – vorgelegt. Drei weitere brachte die CDU ein. Einer, nämlich für eine Informationsveranstaltung in Moischt, brachte es bereits im Ältestenrat auf die Tagesordnung. Auch ein Berichtsantrag von MLP zur Situation am Goldberg-Kindergarten in Cappel kam auf die TO.

Nicht auf die TO kam ein CDU/FDP/BfM-Antrag, der im Winter „richtiges Eis“ zum Schlittschuhlaufen im Eispalast am Gaßmann-Stadion verlangte. Hat noch Zeit, urteilte die Mehrheit und verwarf die Dringlichkeit. Die Linke sah das auch so.

Ebenfalls nicht auf die Tagesordnung kam das Anliegen von CDU/FDP/BfM zur Umgestaltung der Liebigstraße. Im Zuge der Baumaßnahmen der Stadtwerke sollen auch Bäume gepflanzt werden, zulasten von Parkplätzen. Wurde in den Ausschuss verwiesen.

Die MLP wollte dringlich „notwendige Einrichtungsgegenstände“ für die Geflüchtetenunterkunft in Moischt beantragen. Wurde zeitlich verschoben, da weder ein Vertrag existiert noch ein Konzept vorliegt. Nach diesen Beschlüssen konnte in die TO gestartet werden.

Nachtragshaushalt 2024

Aufgrund der um 62 Mio. € zurückgegangenen Gewerbesteuereinnahmen für das laufende Jahr und des damit steigenden Defizits im laufenden Haushaltsjahr musste ein Nachtragshaushalt vorgelegt werden. Laut Oberbürgermeister und Kämmerer Thomas Spies „stehen nun Aufwendungen in Höhe von 345,0 Mio. Euro den aktualisierten Erträgen in Höhe von 252,1 Mio. Euro gegenüber. Das Defizit konnten wir somit von der ersten Schätzung in Höhe von rund 106 Mio. Euro auf 93 Mio. korrigieren“. Hintergrund: 2023 wurden knapp 20 Mio. Euro „gar nicht benötigt“. Die Zuschüsse an die freien Träger bleiben unberührt. Ein „Konsolidierungsprozess“ müsse eingeleitet werden.

Traditionell wird der Haushalt, so auch der Nachtragshaushalt, ohne weitere Diskussion eingebracht. Debatte und Abstimmung folgen in der nächsten Sitzung.

Konzept für Erwin-Picator-Haus

Die drei Aussprachen wurden mit einem Antrag der Linken eröffnet, der verlangt, dass Initiativen und Vereine zu günstigen Bedingungen Räume im Erwin-Piscator-Haus mieten können. Bei der Begründung verwies der Linken-Stadtverordnete Miguel Sanchez auf das lebendige Bürgerengagement in Marburg. „Wir reden über politische Partizipation, wir reden aber auch über Kultur: Theater, Musik, Vorträge, Weiterbildung. Wir reden über soziale Begegnungen: intergenerationelle, intragenerationelle, solidarische. Das ... spielt eine wichtige Rolle auch in Zusammenhang mit der leider stark wachsenden Tendenz zur sozialen Isolierung in der aktuellen Gesellschaft“. Die Koalition lehnte ab.

Verwaltungsaußenstellen wieder beleben

Diesen MLP-Antrag befürwortete auch Renate Bastian für Die Linke. Seit Sommer 2022 sind die Außenstellen in den Stadtteilen Cappel, Marbach und Wehrda geschlossen – zum Ärger vieler Bürger*innen. Abhilfe ist nicht in Sicht, obwohl der Magistrat Pläne für ein „mobiles Management“ präsentiert. Die Linke findet, dass der aktuelle Rückzug aus der Fläche zu einer Entfremdung zwischen Bürger*innen und Verwaltung führen kann, weil der Alltag der Menschen erschwert wird. Deshalb sollen die Außenstellen wieder geöffnet werden, bis die Blütenräume des Magistrats gereift sind. Abgelehnt mit den Stimmen der Koalition.

Lebensretter zur Schwimmbadaufsicht

Um die Personalnot in Schwimmbädern zu lindern, wollten CDU/FDP/BfM und MLP die Ehrenamtlichen der DLRG für eine Aushilfe in den Schwimmbädern ausleihen. Das geht gar nicht, argumentierte Renate Bastian von Der Linken. Die Mitglieder der DLRG sind ausgelastet mit Schwimmkursen und Aufgaben der Lebensrettung. Die Stadt müsse für die Bereitstellung von notwendigen Leistungen aufkommen. Die Linke und die Koalition lehnten ab.

Abstimmung von weiteren 20 Anträgen

Zustimmung fanden unter anderen: Offenlegung des Bebauungsplans „Fuß- und Radweg blaue Straße Cappel“; Bericht über die Pflanzung von Nutzbäumen in der Stadt; Entschädigung des Ehrenamts.

Abgelehnt wurden: neue Maßnahmen für den Denkmalbeirat; Terminvergabe Ausländerbehörde. Hervorzuheben ist, dass ein MLP-Antrag „Einsatz für friedliche Lösung in Nahost – sofortiger Waffenstillstand“ mit Stimmen von CDU/FDP/BfM und Grünen abgelehnt wurde.

Freundliche Grüße von der Fraktion Die Linke

Renate Bastian, Miguel Sanchez, Jan Schalauske